

paperpress

.....Newsletter.....

Impressum: paperpress Jugend- und kommunalpolitischer Pressedienst Berlin. Gegründet am 7.4.1976. Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt). Redaktion: Chris Landmann (Chefredakteur), Fotoredaktion: Lothar Duclos. Träger / Verlag / Vertrieb / Druck: Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V., vertreten durch den Vorstand Ed Koch und Chris Landmann. Postanschrift: Paper Press, Postfach 42 40 03, 12082 Berlin. Web: www.paperpress.org / Telefon: (030) 705 40 14 Fax: 705 25 11 – Leserschriften, Be- und Abbestellung des Newsletters: E-Mail: post@paperprsss.org – Nachdruck honorarfrei mit Quellenangabe. Auflage Printausgabe: 2.000 Exemplare. Der Newsletter wird kostenlos zugestellt. Alle Newslettertexte auch auf www.paperpress.org.

Nr. 477 F

7. Januar 2012

37. Jahrgang

Medienschelte

Wir können es uns erlauben, auch kritisch über andere Medien zu berichten. Wir gehören keinem Verband an, müssen auf niemand Rücksicht nehmen. Wir können auch mal aus der Sicht des Normalbürgers auf die Presse schauen. In unserem Land herrscht ein erbitterter Konkurrenzkampf unter den Printmedien und den elektronischen, also Radio, Fernsehen und Internet. Niemand in der Branche würde sich als Freund der BILD-Zeitung outen. Wenn aber so etwas Fürchterliches passiert wie der ganze Medienrummel um die Affäre Wulff, dann stehen auch Süddeutsche und BILD Seit an Seit.

Hans Leyendecker, laut wikipedia einer der „profilertesten investigativen Journalisten“ unseres Landes, plauderte im ARD-Morgenmagazin über den Inhalt der Mailboxnachricht des BILD-Chefs **Kai Diekmann** so detailliert, dass man davon ausgehen kann, er kenne sie. Kenntnisreich äußerte sich auch der Chef des ARD-Hauptstadtstudios **Ulrich Deppendorf**. Mit anderen Worten, und das hat sogar die taz schon angemerkt, jeder Hauptstadjournalist ist im Besitz dieser Abschrift. Und seit gestern nun auch unser Bundespräsident selbst, damit er sich nicht auf sein Gedächtnis verlassen muss, sondern nachlesen kann, was er auf die Mailbox sagte oder brüllte. Mit dem Erinnerungsvermögen haben ja einige Politiker immer wieder Probleme.

Nun scheint es so zu sein, als habe Wulff die Wahrheit, wenn auch nicht die ganze, gesagt: Er wollte den Artikel über seinen Kredit nur verschieben. BILD hat das anders empfunden, weil im gleichen Text auch alle möglichen Drohungen enthalten sind. Es geht also gar nicht mehr darum, wer nun im Einzelnen Recht hat, sondern nur noch um den Tonfall des Herrn Präsidenten. Nachdem wir nun weitestgehend wissen, was er gesagt hat, müssen wir es uns wirklich noch antun mitzuhören, ob der gebrüllt oder nur laut gesprochen hat? Wulff selbst hat seinen Anruf als „schweren Fehler“ bezeichnet. Auch ein Bundespräsident kann mal Fehler machen, aber nicht derart schwere. Man ruft nicht selbst bei einem Chefredakteur an, dazu hat man doch Leute. Und zum Zeitpunkt des Anrufes bei BILD hatte Wulff seinen Pressesprecher noch nicht rausgeschmissen. Ein Vorgang, dessen Hintergrund bis heute auch noch nicht vollständig geklärt ist, ebenso wenig wie die Inhalte und Diktionen der anderen Telefonate mit Springer-Chef **Mathias Döpfner** und **Friede Springer**. Und dann war da noch der Redakteur der „Welt am Sonntag“, der zum Vier-Augen-Gespräch ins Schloss Bellevue bestellt wurde, um mit ihm über einen Artikel, die Familie Wulff betreffend, zu sprechen. Ja, es war ein schwerer Fehler, Diekmann anzurufen. Nicht auszudenken, wenn er ihn erreicht hätte. Diesen einen Fehler hätte man ihm ja verzeihen können, schließlich gibt es viele Leute im Land, die den BILD-Chef gern einmal beschimpfen

möchten. Aber Wulff ist Wiederholungstäter. Ob es wirklich so ist, dass die Verlegerin und der Vorstandschef keinen Einfluss auf ihre Erzeugnisse nehmen, wie sie behaupten, lassen wir einmal dahingestellt. **Axel Springer**, der am 2. Mai dieses Jahres 100 Jahre alt geworden wäre, hatte eigenen Angaben zufolge, immer wie ein Hund nach der BILD Lektüre gelitten. Formal ist es so, dass die Redaktion unabhängig arbeitet. Und wenn ein Bundespräsident dennoch versucht, über die Verlegerin und den Vorstand Einfluss zu nehmen, dann ist das ein weiterer, noch schwerer Fehler, für den sich Wulff noch nicht entschuldigt hat.

Die Umfragen der letzten Tage besagen, dass gut die Hälfte der Bürgerinnen und Bürger wollen, dass Wulff im Amt bleibt, aber niemand würde mehr einen Gebrauchtwagen von ihm kaufen. Wie das zusammenpasst, mag verstehen wer will. Ich vermute, dass es auch daran liegt, dass Wulff Krieg mit der BILD-Zeitung führt und sich somit geschickt in die Opferrolle manövriert hat. BILD-Opfer gibt ja es reichlich. Wulff profitiert davon. Mitleid verdient derjenige, hinter dem BILD her ist. In diesem Falle sieht die Geschichte jedoch etwas anders aus. Wulff ist kein Opfer, Wulff ist Vertreter jener Art von Politikern, an die man sich gewöhnt hat. Vorteile suchen und in Anspruch nehmen, so lange es geht. Wir sind offenbar Italien näher als es das Wetter vermuten lässt.

Es ist für unsere Demokratie sehr schlimm, dass das Ansehen von Politikern durch Leute wie Wulff erheblichen Schaden erleidet. Es geht nicht ohne Politiker. Es gibt keine Alternative. Wem eine Demokratie zu anstrengend ist, soll nach Nord-Korea umsiedeln oder Sauer-Scharf-Suppe in China verkaufen. Die meisten Politiker, und leider muss man das heutzutage betonen, sind anständige Menschen, die tatsächlich etwas Vernünftiges für das Gemeinwohl erreichen wollen und einen ordentlichen Lebenswandel führen. Es wäre fatal, wenn wir alle Politiker unter Generalverdacht stellen und eine Wand des Misstrauens jede Kommunikation mit ihnen blockierte.

Die Medien halten sich für das einzig wahre Kontrollorgan, sie bilden sich ein, dass die Politiker über jedes Stöckchen springen müssen, das ihnen hingehalten wird und sind entsetzt, wenn sie es nicht tun. Ein wunderbares Beispiel für diese Überheblichkeit der Medien bietet ausgerechnet DER TAGESSPIEGEL in seiner gestrigen Ausgabe, in der er einen ungeschickten Anfangsfehler der neuen Wirtschaftssenatorin **Sybille von Obernitz** (parteilos für die CDU) zum Anlass nimmt, eine Art Generalabrechnung mit Politikern vorzunehmen.

Worum geht es? „Nicht nur der Bundespräsident, auch Berliner Politiker versuchen, die Berichterstattung mitzubestimmen. Sie geben Fotos vor oder verbitten sich unangenehme Fragen. Der Tagesspiegel hat schon einige Erfahrungen damit gemacht“, klagt das Blatt.



Die Pressestelle der Senatorin verschickte an die Medien das nebenstehende Foto der Landesbildstelle Berlin zur freien Veröffentlichung. Das ist üblich und nicht anstößig. Es kann nie verkehrt sein, wenn die Medien aktuelle Fotos vorrätig haben, für die sie kein Honorar bezahlen müssen. Äußerst ungeschickt ist allerdings der Begleittext zu dem Foto, in dem gebeten wird, „bei Veröffentlichungen mit Foto nur dieses zu verwenden“. Leider wird der Text noch schlimmer: „Sämtliche anderen Fotos können Sie aus Ihren Archiven entfernen. Vielen Dank für Ihr Verständnis.“ Dafür hat natürlich niemand Verständnis. Schlau wäre gewesen zu schreiben: „Anbei übersenden wir Ihnen ein aktuelles Foto von Frau Senatorin von Obernitz zu Ihrer freien Verwendung.“ Nebenbei: das übersandte Foto ist deutlich besser, als alles, was DER TAGESSPIEGEL in seinem Archiv hat. Woher ich das weiß: Das Berliner Vorzeigebblatt mit bundespolitischer Bedeutung hat gleich sein ganzes Archiv ins

Netz gestellt. „Sehen Sie hier, warum wir dafür kein Verständnis haben - und welche Bilder der Senatorin wir in unserem Archiv gefunden haben“, klärt die Zeitung ihre Leser auf. Es folgen alle möglichen Fotos der letzten Wochen, so weit, so gut. Aber, es werden auch Fotomontagen veröffentlicht. Nein, wie witzig. Da hat die Senatorin mal das Gesicht des Kopftuchpiraten, mal des Knollnasenmännchens von Lorient und anderen Comicfiguren. Das ist so schlecht, so billig, so primitiv, dass man sich über die Seriosität des TAGESSPIEGELS Gedanken machen muss.

Gut, das Anschreiben zum Foto ist ungeschickt. Daraus aber gleich einen Angriff auf die Pressefreiheit zu konstruieren, ist schlichtweg überzogen. Die Pressesprecherin der Senatorin, **Gina Schmelter**, rudert dann auch leicht zurück und erklärt dem Tagesspiegel, dass „man das Schreiben nicht als Anweisung verstehen sollte, die anderen Bilder aus den Archiven zu verbannen.“ Sie gibt zu, dass diese Formulierung „zu überspitzt“ sei und kommt dann dazu, was sie von Anfang an hätte schreiben sollen: „Es ist ein Angebot, das Sie nutzen können oder auch nicht“.

Natürlich holt sich der ausgewogene Tagesspiegel für derart die Demokratie zersetzende Vorgänge gleich noch die Meinung eines Verbandsfunktionärs ein. Für **Jens Sell**, den stellvertretenden Vorsitzenden des Journalistenverbandes Berlin-Brandenburg, ist der Vorgang ein Versuch „der grotesken Bevormundung der Presse“, und natürlich völlig inakzeptabel. Nein, es ist ein Fehler, diesen Begleittext so geschrieben zu haben, und nicht einmal ein schwerer, sondern nur ein dummer.

So lange sich Frau von Obernitz nicht so anstellt wie der frühere FDP-Fraktionsvorsitzende, **Dr. Martin Lindner**, der nach eigenen Angaben des Tagesspiegels „mehrfach interveniert“ haben soll, damit ein nur „ihm genehmes Foto“ erscheinen sollte, ist ja alles halb so wild.

Der TAGESSPIEGEL nimmt nun diesen Vorgang zum Anlass, mal so richtig aus dem Nähkästchen zu plaudern. „Journalisten können einiges darüber erzählen, wie Politiker versuchen, der Öffentlichkeit ihre Sicht der Dinge aufzudrücken. Anruf beim Chefredakteur? Nicht unbedingt, um eine Berichterstattung zu unterbinden – aber zumindest Beschwerden über Berichte oder auch einzelne Redakteure hat es beim Tagesspiegel mehrfach gegeben. Das betrifft Vertreter aller Parteien.“

Die „Sicht der Dinge aufzudrücken“ ist eine Frage der Wahrnehmung. Kann man es einem Politiker verdenken, seine Sicht der Dinge darstellen zu wollen? Und muss sich ein Politiker alles gefallen lassen? Kluge Politiker wissen, dass sie durch Intervention nichts verhindern können, sie werden sich doch aber wohl beschweren dürfen, wenn mal wieder nur Unsinn verbreitet wurde. Wer wirklich glaubt, dass all das stimmt, was gedruckt in der Zeitung steht, kommt von einem anderen Stern. Der Autor dieses Beitrages hat in seinem Leben an hunderten von Pressekonferenzen teilgenommen und mit großer Aufmerksamkeit am nächsten Tag gelesen, was die verehrten Kolleginnen und Kollegen darüber berichteten. Nicht selten tauchte die Frage auf, ob es mehrere Pressekonferenzen zum selben Thema, zur selben Zeit am selben Ort gegeben hat. Wie oft erleben es Politiker und alle anderen, die mit den Medien zu tun haben, dass Journalisten vieles durcheinander bringen, unwichtigen Details Vorzug vor den Kernaussagen geben. Das hängt auch mit dem gewaltigen Druck zusammen, unter dem heute Journalisten arbeiten müssen, was keine Entschuldigung sein darf.

Früher ging man nach einer Pressekonferenz, die um 11.00 Uhr begann und um 12.30 Uhr endete, erst einmal Mittagessen, falls es auf der PK nichts gab. Und dann hatte man Zeit, seinen Artikel bis Redaktionsschluss zu schreiben. Heute werden schon von einer PK aus Texte und Fotos an die Redaktion übermittelt. Und noch bevor der Journalist wieder in der Redaktion ein-

trifft, steht sein Bericht im Internet. Schön, dass alles so schnell geht. Die Qualität leidet jedoch immens darunter.

„Zum Alltag gehört“, schreibt der TAGESSPIEGEL, „dass Politiker mit Gunstbeweisen oder mit Liebesentzug arbeiten. Zum Ersteren gehört eine Verbreitung von Informationen an genehme Journalisten, während es anderen Berichterstattern nicht recht gelingen mag, eine Stellungnahme des Politikers zu erhalten.“ Ist es nicht so, dass die Medien ständig versuchen, etwas exklusiv zu bekommen und auch in diesem Bemühen die Politiker und Druck setzen? Platzierung auf Seite Eins, wenn wir es exklusiv kriegen. Wer kann da widerstehen?

Der TAGESSPIEGEL listet die Vergehen der Politiker weiter auf: „Auch Interviews werden regelmäßig zur Kampfzone. Das fängt an beim Verlangen, die Journalisten mögen bitte alle Fragen vorher einreichen, bis hin zum Versuch, Einfluss auf die Auswahl der Gesprächspartner zu nehmen.“ Das Einreichen von Fragen ist üblich, also worüber regt sich der TAGESSPIEGEL auf. Oft geht es um komplizierte Zusammenhänge, die auch ein Politiker erst mal recherchieren muss. Ein Politiker, der versucht, einem ihm genehmen Journalisten für ein Interview zu bestellen, handelt dumm. Das geht immer schief, schadet ihm und dem Journalisten.

Im weiteren Verlauf des Beitrages wird bemängelt, dass Politiker zu provokative Fragen nicht beantworten wollen. Nun gut, es gibt auch dämliche Fragen, und da bleibt es dem Befragten schließlich überlassen, ob er sie beantworten will oder nicht. Unter diesen Beispielen steht dann: „Der Tagesspiegel verzichtete auf das Gespräch.“ Eine gute Entscheidung, für beide Seiten. Man muss nicht über jedes Stöckchen springen, das einem hingehalten wird.

Der TAGESSPIEGEL beschwert sich weiter, zum Beispiel über den früheren SPD-Chef **Peter Strieder**. Als 2004 „der Tagesspiegel die skandalösen Hintergründe bei der Finanzierung des Tempodroms öffentlich machte, überzog Strieder die Redaktion mit mehr als zwei Dutzend Gegendarstellungen.“ Tja, das ist wohl sein gutes Recht, oder? „Die Absicht, damit eine genehme Berichterstattung zu erzwingen, ging schief: Strieder musste zurücktreten.“ An der Stelle wird es richtig finster. Ausgerechnet einem der cleversten Politiker zu unterstellen, er wollte mit Gegendarstellungen eine genehme Berichterstattung „erzwingen“, erfüllt fast schon den Tatbestand der Verleumdung. Wer Gegendarstellungen verschickt, weiß, dass er es mit diesem Blatt verschissen hat. Auch das Strieder zurücktreten musste, ist eine Legende. Vielleicht sollte man mit derartigen Beiträgen Leute beauftragen, die ein besseres Gedächtnis haben.

Als leuchtendes Beispiel für Politiker, die „solcherlei Interventionen“ ablehnen, wird der designierte Justizsenator **Thomas Heilmann** (CDU) erwähnt. „Ich glaube, man kann das öffentliche Bild von sich nicht durch Vorgaben oder Beschränkungen prägen, sondern nur durch Überzeugen.“, sagte Heilmann dem TAGESSPIEGEL. Da hat er Recht. „Dennoch seien die Medien neutral“, steht in dem Artikel, allerdings nicht als wörtliches Zitat von Heilmann. Neutral, dass ich nicht lache. Wie sagte der Vorstandschef des Springer-Konzerns, **Mathias Döpfner**, so richtig: „Wer mit Bild im Aufzug nach oben fährt, der fährt auch mit ihr im Aufzug nach unten“.

Den Satzesatz des hier beschriebenen TAGESSPIEGEL-Beitrages bildet der Hinweis auf Artikel fünf des Grundgesetzes, „der die Meinungsfreiheit garantiert“. Ja, so ist es. Und deshalb darf man Politikerreden und Zeitungsartikel auch richtig Scheiße finden und dies auch sagen.

Ed Koch